

Statement

von

Peter Driessen

Hauptgeschäftsführer

des

Bayerischen Industrie- und Handelskammertags

anlässlich

der

Bayerischen Konjunkturpressekonferenz

am 06. Februar 2018, 10:30 Uhr,

IHK für München und Oberbayern,

Großer Clubraum,

Balanstraße 55 - 59, 81541 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft ist in absoluter Top-Form. Der BIHK-Konjunkturindex klettert zum Jahresbeginn auf den Stimmungsrekord von 136 Punkten. Der anhaltende Aufschwung im Freistaat geht damit in sein sechstes Jahr. Ein Ende ist nicht absehbar. So viele Unternehmen wie noch nie sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden. Die Industrie als Lokomotive der bayerischen Wirtschaft hat noch einmal mehr Fahrt aufgenommen. Die Betriebe sind sehr gut ausgelastet, immer mehr kommen sogar an ihre Kapazitätsgrenzen. Das treibt den Investitionsmotor an. Die privaten Haushalte sind ebenfalls ein stabiler Wachstumstreiber. Die Lage am Arbeitsmarkt war in Bayern noch nie besser, die Löhne steigen und die Zinsen bleiben niedrig. Damit wird die Rekordjagd auch 2018 weitergehen. Dies sind die zentralen Ergebnisse unserer Konjkturumfrage zum Jahresbeginn unter rund 3.500 bayerischen Unternehmen.

Die hervorragende Stimmung in der Wirtschaft schlägt sich in phänomenalen Werten bei der Geschäftslage nieder: Nur vier Prozent der Unternehmen sind unzufrieden, 59 Prozent bezeichnen ihre Lage als „gut“. Das sind die besten Werte seit Beginn unserer Erhebung im Jahr 1993.

Und dennoch wird das Wachstum heuer sogar nochmals an Tempo gewinnen: Trotz der bereits sehr positiven Lageurtei-

le rechnen 28 Prozent der bayerischen Unternehmen mit noch besseren Geschäften in den nächsten zwölf Monaten. Nur acht Prozent befürchten eine Eintrübung. Damit startet die bayerische Wirtschaft das neue Jahr mit noch mehr Optimismus als das im Vorjahr der Fall war.

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen ist auf den höchsten Stand seit sieben Jahren geklettert. Sowohl im Inlandsgeschäft als auch auf den wichtigsten bayerischen Auslandsmärkten – also EU, USA und China – brummt die Nachfrage. Jedes zweite Unternehmen ist aber bereits voll ausgelastet. Also nimmt die Investitionsneigung spürbar zu.

Positiv sind auch die Beschäftigungspläne der Unternehmen: 25 Prozent wollen ihren Mitarbeiterstamm vergrößern, nur zehn Prozent denken an Stellenabbau. Auch dies ist per Saldo der höchste Wert seit sieben Jahren.

Mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze und mehr Nachfrage: Das ist ein zuverlässiges Rezept für einen starken und stabilen Aufschwung, dessen Ende nicht absehbar ist.

Risiken

Die Angst vor Nachfragedellen ist äußerst gering. Selbst der starke Euro bereitet den Betrieben aktuell wenig Sorgen.

Eine klare Wachstumsbremse gibt es jedoch: Der Fachkräftemangel bleibt Risiko Nummer eins. Für 62 Prozent der bayerischen Unternehmen ist er ein Geschäftsrisiko. Im abgelaufenen Jahr hat sich der Fachkräftemangel erheblich zugespitzt. War vor einem Jahr erst jedes zweite Unternehmen davon betroffen, sind es jetzt fast zwei von drei Unternehmen. Weil die Fachkräfte knapper werden, steigen die Arbeitskosten: 43 Prozent sehen darin ein Risiko, auch dies ist ein neuer Negativrekord.

Etwas kritischer als noch im vergangenen Herbst blicken die Unternehmen auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen: 42 Prozent benennen diese als Risiko, zuvor waren es 40 Prozent. Hauptgrund ist wohl die langwierige Hängepartie in Berlin. Explizit gefragt, ob von der schwierigen Regierungsbildung ein Risiko ausgeht, antworten 45 Prozent der Unternehmen mit „ja“.

Industrie

Besonders an Tempo zugelegt hat die bayerische Industrie: 63 Prozent der Betriebe bezeichnen ihre aktuelle Lage als „gut“, nur 4 Prozent sind unzufrieden. Per Saldo hat sich die Geschäftslage gegenüber Herbst von 54 nochmals spürbar verbessert auf 59 Punkte – ein neuer Rekordwert.

Produziert wird unter Volldampf: Rund jeder zweite Betrieb ist vollständig ausgelastet. Dies ist der höchste Stand seit 14 Jahren.

2018 wird diese hervorragende Entwicklung nahtlos weitergehen. Von allen wichtigen ausländischen Absatzmärkten erwarten die Unternehmen weiteren Aufwind. Optimistisch bleiben die Unternehmen auch auf mittlere Sicht: Die Investitionspläne erreichen per Saldo den höchsten Stand seit sieben Jahren

Gleichzeitig suchen die Industriebetriebe händeringend personelle Verstärkung: 30 Prozent der Unternehmen möchten ihre Belegschaft vergrößern, nur neun Prozent wollen reduzieren. Die Einstellungsbereitschaft markiert damit ein neues Allzeithoch.

Bau

Die Bauwirtschaft kann sich vor Arbeit kaum noch retten. Der Bestand an Aufträgen liegt auf einem 14-Jahres-Hoch. Fast drei von vier Betrieben sind voll ausgelastet. Dementsprechend zufrieden sind die Bauunternehmen: 73 Prozent bezeichnen ihre Geschäftslage als „gut“, nur drei Prozent der Betriebe sind unzufrieden.

Der aktuelle Bauboom steht auf sicherem Fundament: Die Nachfrage nach Wohnraum wird weiter von den niedrigen Zinsen, Bevölkerungswachstum und der guten Einkommensentwicklung angetrieben. Der Gewerbebau profitiert von der anziehenden Investitionstätigkeit der Wirtschaft und auch die öffentliche Hand vergibt viele Bauaufträge.

Die Luft für weiteres Wachstum wird jedoch immer dünner. Für neue Bauprojekte fehlen Flächen. Genehmigungsprozesse stocken, da Architekten, Planer und auch Personal in der öffentlichen Bauverwaltung fehlen. Bauunternehmen müssen Aufträge ablehnen oder verschieben, da sie nicht genügend Personal am Arbeitsmarkt finden: Fast 90 Prozent der Bauunternehmen sehen fehlende Fachkräfte als Wachstumsrisiko an.

Dienstleistungen

Die Stimmung im bayerischen Dienstleistungsgewerbe ist so gut wie noch nie: 59 Prozent der Unternehmen bezeichnen ihre aktuelle Lage als „gut“. Lediglich 4 Prozent sind unzufrieden. Per Saldo erreichen die Lageurteile eine neue Bestmarke seit 1993.

Voller Optimismus blicken die Dienstleister auf die kommenden zwölf Monate: Mehr als jedes vierte Unternehmen rech-

net mit noch besseren Geschäften, weniger als jedes Zehnte erwartet eine Eintrübung. Jeder vierte bayerische Dienstleister möchte daher zusätzliches Personal einstellen, rund jeder Zehnte muss Stellen streichen.

Handel

Der bayerische Einzelhandel profitiert von der starken Nachfrage der privaten Haushalte: 47 Prozent der bayerischen Einzelhändler bezeichnen ihre Geschäftslage als „gut“, nur 7 Prozent sind unzufrieden. Dies sind nahezu identische Werte wie beim Lagerekord im Herbst. Für die kommenden zwölf Monate erwarten die Händler, dass sich der positive Trend fortsetzt.

Der Großhandel ist als Bindeglied zwischen den Unternehmen ein Barometer für die gesamte wirtschaftliche Lage. Deswegen ist es keine Überraschung, dass auch hier die Geschäfte auf historisch hohem Niveau laufen. Die Geschäfte haben in den vergangenen Monaten mit Kunden sowohl aus dem In- als auch dem Ausland zugenommen. Die Branche sieht ebenfalls keine Wolken am bayerischen Konjunkturhimmel aufziehen.

Was bedeuten die Ergebnisse für die Wirtschaftspolitik?

Der konjunkturelle Höhenflug hält ungeachtet der schwierigen Regierungsbildung in Berlin an. Der Einfluss der Politik auf den Konjunkturverlauf ist zumindest kurzfristig begrenzt. Anders gesagt, die Konjunktur brummt trotz und nicht wegen der Politik.

Die längerfristigen Wachstumschancen unserer Volkswirtschaft werden jedoch sehr wohl auch in Berlin entschieden. Deswegen brauchen wir endlich eine Regierung mit einer Zukunftsvision, die grundlegende Fragen der Wirtschaft beantwortet. Bisher musste man den Eindruck gewinnen, dass Bestandspflege und Verteilungsfragen im Mittelpunkt stehen. In den Koalitionsverhandlungen fehlt uns der Blick über den Tellerrand der Legislaturperiode.

Die Digitalisierung ist eine dieser Grundsatzfragen für Wirtschaft und Gesellschaft. Alte Geschäftsmodelle müssen sich anpassen, neue Wettbewerber treten in den Markt und die internationale Arbeitsteilung wird durch den allgegenwärtigen Datenaustausch befeuert. Auch wenn nun noch ein explizites Kapitel zur Digitalisierung in die Koalitionsvereinbarungen eingefügt wurde, die Wirtschaft hätte sich mehr Mut zu Veränderung und Erneuerung gewünscht.

Glasfaser-Autobahnen und 5G-Funktechnik sind zweifelsohne unerlässlich für eine digitale Wirtschaft. Der Ausbau ist aber nur sinnvoll, wenn er bedarfsgerecht ist und vor allem auf eine schnelle Anbindung der Gewerbegebiete abzielt. Unternehmen bleiben beim Ausbau aktuell oft noch auf der Strecke. In Zeiten voller Haushaltskassen vergisst die Politik zu oft den Effizienzgedanken. Nicht einmal jeder dritte Haushalt, der die Möglichkeit hat, entscheidet sich für wirklich schnelles Internet. Eine flächendeckende Verlegung der teuren Gigabit-Glasfaser-Technologie bis in jeden Haushalt schießt daher über das Ziel hinaus, denn die Kosten werden aus dem Ruder laufen.

Positiv sehen wir die Vorschläge gegen den Fachkräftemangel. Mehr Investitionen in Bildung sind ebenso sinnvoll wie eine neue gesetzliche Grundlage für die Zuwanderung von Fachkräften. Wir brauchen eine gesteuerte, am Fachkräftebedarf der Wirtschaft orientierte Zuwanderung, um die zunehmenden Engpässe langfristig zu decken. Und dabei geht es in erster Linie um beruflich qualifizierte Arbeitskräfte und nicht um Akademiker.

Auch die Wirtschaft will, wie vorgeschlagen, die vorhandenen Fachkräftereserven wie Teilzeitbeschäftigte und Ältere noch stärker in den Blick nehmen. Dabei fehlt jedoch ein entscheidender Baustein: Ein Steuersystem, das Leistung und Arbeit belohnt und nicht bestraft. Angesichts der spru-

delnden Steuereinnahmen ist eine geringfügige Reduzierung des Soli nicht nur viel zu kurz gesprungen – sie verschärft sogar die Progression des Einkommenssteuerrechts. Auch der Mittelstandsbauch muss dringend beseitigt werden. Einkommensschwelen in der Besteuerung müssen an die Inflation gekoppelt werden.

Auch im Bereich des Arbeitsrechts besteht Modernisierungsbedarf. Die geltenden Arbeitszeitregelungen passen nicht mehr zur Realität. Wir hätten uns zum Beispiel bei den Ruhezeiten und der Wochenarbeitszeit mehr Flexibilität für alle Unternehmen und deren Arbeitnehmer gewünscht.

Mit großer Skepsis blicken wir auch auf die Pläne zum Thema Befristung von Arbeitsverträgen. Die Statistiken belegen, dass die öffentliche Hand der Arbeitgeber ist, der Befristungen am intensivsten nutzt – weit mehr als die Wirtschaft. Das heißt, die Politik kann das Problem zum Großteil selbst lösen. Unausgelegene und unlogische Vorschläge helfen uns nicht weiter.

So sollen befristete Jobs eingedämmt werden, während gleichzeitig ein Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit diskutiert wird. Denkt wirklich niemand den nächsten Schritt, nämlich wie ein Unternehmen diese Arbeitsreduzierung abfedern soll? Es wird, ja muss, wiederum andere Arbeitskräfte befristet einstellen. Alternativ kann es auch auf Zeitarbeit zurück-

greifen, was die Politik auch nicht will, oder Aufträge ablehnen – aber auch so entstehen keine unbefristeten Stellen.

Ein gesetzliches Recht auf befristete Teilzeit ohne relevante und nachvollziehbare Sachverhalte, wie beispielsweise die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen, ist der Wirtschaft nicht vermittelbar.

Erkannt wurde von den Koalitionären auch, dass sie Gesetze und Verwaltungsabläufe generell modernisieren müssen. Wir begrüßen die Ansagen zum Bürokratieabbau und zur digitalen Verwaltung. Das Ziel muss sein, dass Bürger und Unternehmen alle Verwaltungsleistungen online erledigen können. Für Betriebe ist diese Frage besonders wichtig: Sie haben pro Jahr im Durchschnitt 130 Behördenkontakte, ein Vielfaches eines normalen Bürgers. Außerdem agieren viele Unternehmen bundesweit und brauchen deswegen bundeslandübergreifende Standards fürs E-Government – für föderalistische Modelle ist da kein Platz!

Komplett in die falsche Richtung geht es beim Thema Flächennutzung. Nach Bayern haben wir nun auch auf Bundesebene eine ideologiegetriebene Obergrenze für den viel beschworenen „Flächenverbrauch“ auf der politischen Agenda. Damit wird die grundsätzlich sehr wichtige Frage „Wie wollen wir die Zukunft unseres Landes gestalten?“ fahrlässig

und effektheischend auf eine ziemlich aussagelose Zahl verkürzt.

Bayerns Fläche sind zu 88 Prozent Wald, Wiesen, Felder, Gebirge und Gewässer, nur zwölf Prozent sind Siedlungs- und Verkehrsfläche. Das sind dann konkret:

4,7 Prozent (der Gesamtfläche) für Verkehrsflächen;

3,0 Prozent für Wohngebäude;

1,7 Prozent für gemischte Nutzung;

0,8 Prozent für Sport-, Freizeit- und Erholung;

0,7 Prozent für Industrie- und Gewerbe sowie

0,3 Prozent für Handel und Dienstleister.

Die Zuwächse der Flächennutzung fielen von 2011 bis 2015 am größten bei den Erholungsflächen aus (plus 3,0 Prozent), gefolgt von Wohnbebauung (plus 2,7 Prozent). Gewerbegebiete sind dagegen mit 0,7 Prozent wie die Verkehrsflächen mit 0,6 Prozent eher sparsam gewachsen. Eine Anmerkung noch: Bei weitem nicht alle Flächen in der Rubrik „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ sind versiegelt. Unversiegelte Grünstreifen, Vorgärten, Außenbepflanzungen und andere unbebaute Flächen werden zur Wohnbebauung oder anderen Nutzungsarten gezählt, wenn sie dem Hauptnutzungszweck einer Fläche untergeordnet sind.

Der augenscheinlich sparsame Umgang mit Flächen ist keine Überraschung: Es gibt bereits ein strenges Korsett an

Planungs- und Genehmigungsverfahren unter der Obhut jeder Gemeinde, um Flächen effizient und schonend zu nutzen. Eine Flächenobergrenze wäre übrigens der Einstieg in eine zentral gelenkte Planwirtschaft und wohl auch Flächenkontingente für Wohnungen, Arbeitsplätze, Freizeiteinrichtungen und Straßen. Wir brauchen hierfür keine Bundes- oder Landesbehörden, das ist Aufgabe der Kommunen und der gewählten Vertreter in den Stadt- und Gemeinderäten.

Bayern verzeichnet dankenswerterweise Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Beides ist nicht selbstverständlich. Für beides haben wir in der Vergangenheit Flächen gebraucht und dies wird auch in Zukunft der Fall sein. Wir setzen auf den Dialog mit den Bürgern, um diese Zusammenhänge zu erklären. Gleichzeitig ist klar, dass nicht nur die Tourismuswirtschaft ein starkes Interesse am Schutz der bayerischen Landschaft hat – auch die Unternehmer bekennen sich schon allein aus Kostengründen zur effizienten Flächennutzung. Die diskutierte Obergrenze ist in dieser Debatte aber der falsche Weg.